

ÖSTERREICH

01.12.2011

Grüne und SPÖ vor Verfassungsgericht – Nun steht Regelung generell am Prüfstand

OÖ-Klage gegen Bettelverbot: Nun wackelt es in allen Ländern

Rot-grüne Gegenwehr gegen das oö. Bettelverbot lässt Landesregierungen schwitzen.

Linz. „Wir sind stets gegen aggressive und organisierte Bettelei eingetreten“, sagt SPÖ-Klubobfrau Gertraud Jahn. Aber Totalverbot von friedlichem Betteln kommt nicht in Frage. Zusammen mit den Grünen wurde deshalb Klage gegen das von ÖVP und FPÖ beschlossene

Gesetz beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) eingebracht. Grundlage: Das Gesetz verstoße gegen Verwaltungs- und Verfassungsrechte.

Die erste Reaktion der Höchststrichter ist in ihrer Dimension überraschend. Die Argumentation scheint so plausibel, dass nun nicht nur die Landesregierung von OÖ Stellung beziehen

muss. Vielmehr stehen jetzt auch Gegenäußerungen aller neun Landesregierungen und des Bundeskanzleramtes im Raume. Damit scheint die erstmalige Prüfung eines oö. Landesgesetzes auf Verfassungsmäßigkeit bundesweite Dimensionen zu entwickeln – und könnte am Ende bestehendes Recht anderer Bundesländer beeinflussen.



Den Ärmsten der Armen drohen Festnahmen und Strafen.